

Interview

Disability Mainstreaming ist mir wichtig

Dominik Peter im Gespräch mit Christine Braunert-Rümenapf, der neuen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

BBZ:

Es wird beklagt, dass in Berlin Behindertenpolitik zu kurz kommt. Wie sehen Sie dies und wie möchten Sie dies ändern?

Braunert-Rümenapf:

Für die schlechte „Konjunktur“ gibt es unterschiedliche Gründe: Es ist leider noch keine Selbstverständlichkeit, dass die Belange von Menschen mit Behinderung konsequent in allen Bereichen mitgedacht werden. Das gilt für Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen. Auch in der Vielfalts- und Antidiskriminierungsdebatte findet das Merkmal „Behinderung“ viel zu wenig Beachtung. Auch gibt es immer noch ein traditionelles Verständnis von Fürsorge. In diesem Verständnis geht Behindertenpolitik in Sozialpolitik auf. Trotz des geradezu inflationären Gebrauchs des Wortes „Inklusion“ verstärkt sich diese Position nach meiner Beobachtung sogar; das ist ein echter Rückschritt. Ein dritter Aspekt ist die gelegentliche Verengung des Themas „Behinderung“ auf die Behindertenhilfe. Da ist man dann schnell bei den Kosten und im allerschlimmsten Fall werden die Menschen mit Behinderung dann ausschließlich als Kostenfaktor wahrgenommen.

Mein Instrument, dies zu ändern, wird ein beharrliches und kontinuierliches Ansprechen der Thematik bei allen Gelegenheiten und immer wieder darauf hinzuweisen sein, dass Inklusion ein Prozess ist, der bauliche, rechtliche, organisatorische und andere Veränderungen nach sich zieht, der alle Akteure betrifft.

BBZ:

Bei ihrer Vorstellung im Landesbehindertenbeirat strichen sie ihre Kompetenz bezüglich Öffentlichkeitsarbeit heraus. Sehen Sie da Nachholbedarf und was planen Sie dazu?

Braunert-Rümenapf:

Meine Aufgabe nach dem LGBG ist es ja „darauf hinzuwirken, dass die Verpflichtung des Landes, für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung zu sorgen, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt wird“. Diese Aufgabe zieht die Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen oder schriftliche Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und anderen Vorhaben nach sich; Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache spielt da eher eine untergeordnete Rolle. Wir brauchen aber natürlich beides – kleinteiliges Präzisieren und Argumentieren genauso wie eine fundierte Berichterstattung – vielleicht auch angestoßen durch medienwirksame Aktionen. Aufgrund der Themenerweiterung in den Medien ist es aber heute nicht so leicht, Aufmerksamkeit zu bekommen. Deswegen sind Leserinnen- und Leserbriefe in Lokalblättern und die Stimmung in den Wahlkreisen nicht zu unterschätzende Instrumente. Vielleicht können wir auch von den Strategien anderer Bewegungen etwas lernen.

BBZ:

Wo sehen Sie ihre Stärken?

Braunert-Rümenapf:

In der Bereitschaft und der Fähigkeit, mich fachlich und, wenn nötig schnell, in die Themen einzuarbeiten, in der Beharrlichkeit und Langatmigkeit in der Verfolgung von Zielen, in meiner Erfahrung mit dem Thema „Behinderung“ aus unterschiedlichen Perspektiven und nicht zuletzt in meinem guten Gedächtnis.

BBZ:

Es gibt einige Baustellen. Stichwörter sind etwa barrierefreie Toiletten und Taxen, Novellierung Landesgleichberechtigungsgesetz, Umsetzung des Bundesteilhabegesetz, Budget für Arbeit. Langfristig gesehen, wo wollen Sie hinkommen, was wollen Sie erreichen?

Braunert-Rümenapf:

Dabei geht es um die konkreten Probleme selbst, d.h. – um Ihr letztes Beispiel aufzugreifen – um eine mit den entsprechenden Ressourcen unterlegte Umsetzung des Budgets für Arbeit, das die Möglichkeiten der Teilhabe am Erwerbsleben für Beschäftigte in den Werkstätten wirklich erweitert und damit unter anderem auch das Wunsch- und Wahlrecht umsetzt. Genauso wichtig ist es mir aber auch, für eine weitere Verankerung des Disability Mainstreaming zu arbeiten. Verwaltungshandeln genauso wie politisches und gesellschaftliches Handeln muss systematisch und kontinuierlich danach befragt werden, ob es die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung befördert oder behindert.

BBZ:

Was sind ihre Erwartungen gegenüber dem Landesbehindertenbeirat?

Braunert-Rümenapf:

Ich wünsche mir zum einen, dass der Landesbeirat und die LfB gemeinsam die Belange von Menschen mit Behinderung behinderungs- und verbandsübergreifend konstruktiv vertreten. Zum anderen hoffe ich natürlich, dass ich das Expertenwissen, das im Landesbeirat in geballter Form vorhanden ist, für unsere Themen nutzen kann.

BBZ:

Es gibt viel Unmut in der Behindertenbewegung über die derzeitige Art und Weise der Partizipation. Es gibt massenhaft Ag's und Beiräte. Viele Behinderte bringen sich dort ein, doch das Resultat - sprich die Realisierung der dort vorgebrachten Bedenken, Anregungen und Forderungen - ist indiskutabel. Wie sehen Sie diesen Punkt?

Braunert-Rümenapf:

Hier sehe ich ein grundsätzliches Problem: Einerseits sind Partizipation und Beteiligungsrechte gewünscht und mittlerweile oft gesetzlich festgelegt – und aus meiner Sicht auch nicht verhandelbar -, andererseits fehlt eine Verständigung über den Umgang mit den Ergebnissen der Beteiligung im Vorfeld. Bevor die thematische Diskussion beginnt, sollte man klären, ob die Veränderungsvorschläge von Menschen mit Behinderung ohne weitere Berücksichtigung abgelegt werden oder es eine wirkliche Bereitschaft gibt, Dinge auch anders zu regeln als ursprünglich geplant.

Wir brauchen aber auch ein gegenseitiges Verständnis über die Strukturen, Probleme, Möglichkeiten und Bedarfe des jeweils anderen. Manches Thema ist so komplex, dass es nur schwer zu vermitteln ist; auch arbeiten Vereine und Verbände nach anderen Regeln und anderen Bedingungen als Politik und Verwaltung. Zu diesem Aspekt gehört auch die finanzielle Anerkennung des oft viele Stunden umfassenden freiwilligem Engagements z.B. in Form von Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeldern oder eines Budgets für Beiräte.

BBZ:

Besten Dank für das Interview.

Infokasten:

Weitere Infos

Christine Braunert-Rümenapf trat zum 01. September die Nachfolge des aus Altersgründen ausgeschiedenen Landesbeauftragten, Dr. Jürgen Schneider, an. Christine Braunert-Rümenapf, geboren 1961, hat in den vergangenen Jahren als Referentin des bisherigen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung gearbeitet.

Bildquelle: **Bild:** SenIAS
Textquelle: BBZ Oktober 2017